

+++ 38. NEWSLETTER GEGEN RECHTSEXTREMISMUS +++

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, dies ist die 38. Ausgabe unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/Euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Dies ist der letzte Newsletter in diesem Jahr – Ich wünsche Ihnen/ Euch frohe und entspannte Weihnachtstage und einen guten Start in das Jahr 2015!

Über Ihr/Euer Interesse freut sich und auf Ihre/Eure Unterstützung hofft Ihre/Eure

Clara Herrmann, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Clara Herrmann, newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de

+++ Inhalt +++

- 1. NSU-Konferenz – 3 Jahre nach Aufdeckung des NSU-Skandals**
- 2. Schriftliche Anfragen: Anschläge auf Religionsgemeinschaften**
- 3. Kritik an neuer Studie des Verfassungsschutzes**
- 4. Rechtsextreme Kampagne gegen Geflüchtete**
- 5. Verschiedenes**

+ 1. NSU-Konferenz – 3 Jahre nach Aufdeckung des NSU-Skandals +

Am 7. und 8. November fand anlässlich des dritten Jahrestags der Selbstenttarnung des NSU eine Konferenz im Berliner Abgeordnetenhaus statt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin veranstaltete gemeinsam mit der Grünen Bundestagsfraktion die Konferenz **"Aufdecken, aufklären, verändern - 3 Jahre danach: Konsequenzen aus dem NSU-Terror"**. Mit einschlägigen Gästen und Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Polizei diskutierten wir auf der Konferenz über echte Konsequenzen für die Sicherheitsbehörden.

Den Auftakt machte am Freitagabend die Vorführung des Films "Der blinde Fleck", in dem es um das Oktoberfestattentat von 1980 und dessen Aufklärung geht, die bis heute nicht abgeschlossen ist. So wird seither versucht, einen rechtsextremen Hintergrund zu vertuschen und die Tat einem isolierten Einzeltäter zuzurechnen. Im Anschluss an den Film diskutierten der Co-Autor des Drehbuches sowie Journalist und Autor Ulrich Chaussy und Hans-Christian Ströbele (MdB) über die weiterhin offenen Fragen sowie Parallelen zum NSU-Skandal.

Die Komplexität des Falles NSU und seine erforderliche rückhaltlose Aufklärung verlangen eine starke und aktive Zivilgesellschaft, transparent und effizient agierende Sicherheitsbehörden sowie Politiker*innen, die Rahmenbedingungen eben hierfür schaffen. Vertreter*innen aller drei Bereiche waren am 8. November 2014 im Abgeordnetenhaus versammelt, um sich zu vernetzen, um Gedanken auszutauschen und um eine Basis dafür zu schaffen, dass etwas Vergleichbares nie wieder geschehen kann.

Wir blicken auf eine gelungene Konferenz zurück, die Möglichkeiten eröffnete, gemeinsam mit allen beteiligten Akteur*innen in einen Dialog zu treten, um sich nicht nur auf gegenseitige Vorwürfe zu beschränken, sondern gemeinsam angemessene Lösungen zu finden.

- Einen ausführlichen Bericht der Konferenz finden Sie auf meiner [Homepage](#), auf der [Homepage](#) der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Abgeordnetenhaus und auf der [Homepage](#) der Fraktion im Bundestag.
- Die Pressemitteilung von mir und Irene Mihalic (MdB, Sprecherin für innere Sicherheit, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) anlässlich des dritten Jahrestages der Aufdeckung des NSU-Terrors finden Sie [hier](#).

+ 2. Schriftliche Anfragen: Anschläge auf

Religionsgemeinschaften +

Die Religionsfreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht. Anschläge auf Gotteshäuser sind daher Angriffe auf unser demokratisches Zusammenleben und gehen uns alle an. Die Religionsfreiheit müssen wir verteidigen und für unser tolerantes, vielfältiges und demokratisches Zusammenleben einstehen.

Die Antworten des Senats auf meine Schriftlichen Anfragen zu Anschlägen auf Religionsgemeinschaften zeigen eine deutliche Tendenz: Die Mehrheit der Angriffe auf Einrichtungen aller drei Religionen haben einen rechtsextremen Hintergrund. Insgesamt wurden seit 2012 in der offiziellen Statistik 52 Sachverhalte gezählt – davon waren 35 Delikte rechtsmotiviert.

- Alle drei Anfragen stehen [hier](#) zum Download bereit.

Aus der Presse:

- Einen Artikel aus der Bild zu den Anfragen mit einer interaktiven Stadtkarte und allen Angriffsorten finden Sie [hier](#).
- Einen Artikel der BZ zu meinen Anfragen finden Sie [hier](#).
- Einen Artikel im Focus zu den Anfragen zu Anschlägen auf Religionsgemeinschaften können Sie [hier](#) finden.

+ 3. Kritik an neuer Studie des Verfassungsschutzes +

Am 14. November veröffentlichte der Berliner Verfassungsschutz eine Studie über Rechte Gewalt in Berlin in den Jahren 2003-2012. Mit Hilfe der Daten aus der polizeilichen Kriminalstatistik, der sogenannten PMK – Politisch Motivierte Kriminalität, wurden insgesamt 632 Delikte der letzten zehn Jahre untersucht,

die als rechte Gewalt eingestuft wurden. Die Studie bestätigt die besorgniserregende Erkenntnis, dass rechte Gewalt innerhalb der letzten zehn Jahre zu einem konstanten Problem in Berlin geworden ist.

Dabei bleibt Rassismus das zentrale Motiv rechtsmotivierter Gewalt. Erneut zeigt die Studie des Verfassungsschutzes aber auch den begrenzten Blick der Sicherheitsbehörden. Es ist bedauerlich, dass lediglich bereits bekannte und registrierte rechtsmotivierte Gewaltdelikte untersucht worden sind und die Dunkelziffer rechter Gewalt keine Erwähnung findet. Die Opferberatungsstelle *ReachOut* dokumentiert seit Jahren rechte Gewalt für Berlin und kommt auf andere Fallzahlen als die PMK. Die Diskrepanz der Zahlen ist gravierend: Im Durchschnitt erfasste die Polizei in den Jahren 2006-2013 nur rund 50% der Fälle, die *ReachOut* zählte. Wir fordern deshalb schon lange eine Überarbeitung des polizeilichen Definitionssystems und Kriterienkatalogs „Politisch motivierte Kriminalität (PMK) -rechts“, um endlich eine umfassendere und verlässlichere Erfassung aller rechtsextrem motivierten Straftaten zu garantieren.

- Die Studie des Berliner Verfassungsschutzes können Sie [hier](#) abrufen.

Aus der Presse:

- Einen Artikel im Tagesspiegel über die Studie des Verfassungsschutzes und meine Kritik können Sie [hier](#) finden.

+ 4. Rechtsextreme Kampagne gegen Geflüchtete +

In jüngster Zeit mobilisieren in Berlin verstärkt Neonazis und Rechtsextreme gegen Geflüchtete und Flüchtlingsunterkünfte. Insbesondere Marzahn-Hellersdorf ist von Demonstrationen und Kundgebungen betroffen. So kündigten rechte Gruppen auch am Samstag, den 22. November, einen Aufmarsch in Marzahn an, um gegen geflüchtete Menschen zu hetzen. Besonders alarmierend war die Mobilisierung mit dem Motto "Gemeinsam sind wir stark", das auch in Köln von rechtsextremen Hooligans verwendet wurde. Es muss erkannt werden, dass diese Aktionen von der rechtsextremen Szene in Berlin organisiert und gesteuert werden. Doch erneut zeigten viele Berliner*innen, dass es in dieser Stadt keinen Platz für rechte

Stimmungsmache gibt – über 3.000 Gegendemonstrant*innen sorgten erfolgreich dafür, dass sich die Rechten nicht vom Platz bewegen konnten. Die letzten Monate haben gezeigt, dass sich die Mehrheit der Berliner*innen solidarisch mit Geflüchteten zeigt und sich vielerorts erfolgreich für eine Willkommenskultur einsetzt.

Parlamentarisches:

- Den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen "Flüchtlinge sind willkommen - Berlin tritt ein gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit" können Sie [hier](#) finden.
- Meine Schriftliche Anfrage an den Senat zu einer rechtsextremen Demonstration am 08. Juni 2014 in Hellersdorf und die Antworten finden Sie [hier](#).

Aus der Presse:

- Meine Pressemitteilung zum Aufruf zu Gegenprotesten finden Sie [hier](#).
- Einen Artikel in der Berliner Morgenpost zum erfolgreichen Gegenprotest am Samstag den 22.11. in Marzahn finden Sie [hier](#).
- Einen weiteren Artikel in der Berliner Morgenpost zu rechtsextremen Demonstrationen gegen Flüchtlingsunterkünfte finden Sie [hier](#).
- Eine Zusammenfassung des Interviews mit mir im rbb Inforadio vom 24.11. zur Demonstration gegen die Flüchtlingsunterkunft in Marzahn können Sie [hier](#) finden.

+ 5. Verschiedenes +

+++

Meine Schriftliche Anfrage "Haftbefehle gegen rechte Szeneangehörige" und die Antwort des Senats sind [hier](#) zu finden.

Aus der Presse:

- Den Artikel "30 Berliner Neonazis sind untergetaucht" zu meiner Schriftlichen Anfrage in der Berliner Zeitung finden Sie [hier](#).

+++

Ausschuss für Verfassungsschutz:

Am 19. November ging es in der Sitzung des Ausschusses für Verfassungsschutz gleich um mehrere wichtige Themen. Unter anderem fragten wir die Senatsverwaltung für Inneres und Sport sowie den Verfassungsschutz nach der Auswertung der Maßnahmen und Erkenntnisse des Berliner Verfassungsschutzes hinsichtlich des **NW Berlin** sowie nach möglichen Folgebestrebungen. Die Neonazi-Webseite der Organisation NW-Berlin war jahrelang ein zentrales Portal der rechtsextremen Szene in Berlin, die zudem im engen Zusammenhang mit dem Berliner NPD-Landesvorsitzenden steht. Im Dezember 2012 wurde die Seite dauerhaft abgeschaltet und die Polizei leitete Ermittlungen gegen die Betreiber der Seite ein, die bis heute erfolglos blieben. Schon damals kritisierten wir die fehlende Konsequenz der Berliner Sicherheitsbehörden in der Ermittlung des Netzwerkes und das scheint sich auch bis heute nicht geändert zu haben. Hinsichtlich möglicher Folgebestrebungen gibt es keine nennenswerten Erkenntnisse – Die Köpfe hinter NW-Berlin bleiben vom Verfassungsschutz unterschätzt.

Der **nächste Ausschuss für Verfassungsschutz** im neuen Jahr findet am **21.1.2015** im Abgeordnetenhaus von Berlin statt.

+++

Unsere Fraktion hat den **Antrag "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Berlin - V-Leute abschaffen"** auf den Weg gebracht. Mit diesem Antrag möchten wir den Einsatz von V-Leuten beim Verfassungsschutz Berlin unterbinden. Nicht zuletzt hat uns die Aufdeckung des NSU vor drei Jahren vor Augen geführt, dass V-Leute des Verfassungsschutzes nicht zum Auffinden der rechtsextremen Terrorgruppe beigetragen haben.

- Den Antrag finden Sie [hier](#).

+++

Hooligans gegen Salafisten – auch in Berlin?

Nach den schrecklichen Szenen und gewalttätigen Ausschreitungen rechtsextremer Hooligans und Neonazis in Köln am 26. Oktober drohte auch Berlin eine Veranstaltung von rechten Hooligans. Bereits im Juli fragte ich den Senat in einer Anfrage nach der Zusammenarbeit von Hooligans und Neonazis in Berlin.

In einer weiteren *Schriftlichen Anfrage* fragte ich den Senat nach der rechtsextremen Gruppe "HoGeSa" und möglichen Verbindungen nach Berlin. Die Anfrage und die Antwort des Senats finden Sie [hier](#).

Aus der Presse:

- Einen Artikel in der Berliner Morgenpost zu Hooligans und Rechtsextremen finden Sie [hier](#).
- Der rbb berichtete über mögliche Demonstrationen der Gruppierung "Hooligans gegen Salafisten" und bezieht sich auf meine Schriftliche Anfrage "Zusammenarbeit von Hooligans und Neonazis in Berlin" – Den Artikel können Sie sich [hier](#) anschauen.

+++

Meinen **Artikel "Widerstand ist nicht zwecklos" in "Grüne Stachlige Argumente"** über Berliner*innen, die ein Zeichen gegen Rassismus, Rechts-Extremismus und Antisemitismus setzen, finden Sie [hier](#).